

## Wie der weltweite Handel den Arbeitnehmern zugute kommen kann

Vor dem Hintergrund der von der Europäischen Kommission im Herbst 2006 verabschiedeten Strategie „Global Europe“, in deren Brennpunkt bilaterale Abkommen mit anderen Handelsblöcken und einzelnen Ländern stehen, hat der EMB folgende Maßnahmen für einen sozial verantwortlichen Handel entwickelt.

Für den EMB kann die Förderung des Handels nicht Ziel an sich sein, sondern muss Teil einer Strategie für Wachstum und Entwicklung in den entwickelten Ländern wie auch den Entwicklungsländern sein. Der EMB beharrt daher darauf, dass die europäische Handelspolitik auf die sozialen Unzulänglichkeiten des freien Handels eingehen und das Bindeglied zwischen Handel, Strukturwandel und sozialer Entwicklung stärken müsse. Der Handel und die weltweite wirtschaftliche Integration müssen Hand in Hand mit stabilen institutionellen Strukturen einhergehen, um die drei Säulen nachhaltiger Entwicklung zu stützen.

Damit die Arbeitnehmer in Europa und in den Ländern der Handelspartner den wachsenden Handel bewältigen und seine Vorteile nutzen können, schlägt

der EMB folgende Maßnahmen vor, um die Globalisierung und den freien Handel sozial verantwortungsvoller zu gestalten:

### Die globale Dimension der Handelspolitik

1. Um eine gerechtere Globalisierung zu fördern und eine solide soziale Basis für den freien Handel zu schaffen, befürwortet der EMB ein globales Regelungssystem. Die soziale Dimension muss Teil aller Freihandelsverträge sein, einschließlich der Welthandelsorganisation (WTO) und der handelspolitischen Strategie der Europäischen Union „Global Europe“, der Economic Partnership Agreements (EPA – Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) und der bilateralen Handelsvereinbarungen. Die Vereinbarungen müssen als ersten Schritt die Kernarbeitsnormen der IAO enthalten sowie Verfahren zur Durchsetzung und Kontrolle der Arbeitnehmerrechte. Die Gewerkschaften beider Seiten müssen vor und während der Verhandlungen sowie in die Überwachungs- und Prüfungsprozesse eingebunden sein. Die Handelspolitik muss transparenter werden und einer

demokratischen Kontrolle z. B. von Seiten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments unterliegen.

2. Um den Wettbewerb zwischen gut und schlecht bezahlten Arbeitnehmern zu stoppen und eine weltweite Abwärtsspirale zu vermeiden, sollte die EU in erster Linie ihrer Verpflichtung nachkommen und das Millenniumsziel der Vereinten Nationen, die Reduzierung von Armut, erreichen. Die am wenigsten entwickelten Länder sollten effektiv unterstützt werden, um die Armut zu reduzieren, die ländliche Entwicklung zu fördern, die Naturschätze und die Umwelt - allen voran das Wasser und die Wasserversorgung - zu schützen und Beschäftigung zu steigern. Erreicht werden kann dies durch die Förderung der Demokratie, der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die Förderung und den Schutz sozialpolitischer Maßnahmen, durch effiziente öffentliche Dienste, insbesondere Bildungssysteme, Umverteilung der Einkommen mithilfe eines gerechten Steuersystems, Korruptionsbekämpfung und durch adäquate Sozialversicherungssysteme. Nur durch die Förderung von Strategien, die „inklusive“ Entwicklungsmodelle in Schwellenländern begünstigen

und auf institutionellen Reformen und einer gerechten Verteilung der Gewinne aus dem Wirtschaftswachstum beruhen, kann ein positiver Kreislauf des Wachstums geschaffen werden, von dem auch die Arbeitskräfte weltweit profitieren können. Dies ist außerdem der einzige Weg, die Werte des europäischen Sozialmodells in einer globalisierten Welt zu wahren. Daher unterstützt der EMB die Kampagne von IGB und EGB „Decent Work, Decent Life“ und ermuntert alle europäischen und internationalen Gewerkschaftsverbände, zu kooperieren und ihre Mitglieder, zusammen mit gleichgesinnten Nichtregierungsorganisationen, für diese Arbeit zu mobilisieren. „Decent Work“ ist eine Agenda für die Armutsbekämpfung und den Aufbau von gerechten und inklusiven Gesellschaften, basierend auf den Grundsätzen der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Arbeitnehmerrechte, der Gleichheit, des sozialen Schutzes und des Sozialdialogs: „Decent Work“ bedeutet, frei von Ausbeutung zu sein und das Existenzminimum und gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer zu bieten.

### Aktive Anpassung – Investition in Menschen

3. Massive Investitionen in lebenslanges Lernen und Weiterbildung sollen es den Arbeitnehmern ermöglichen, Arbeitsplätze in neu entstehenden Industriezweigen zu finden. Immer mehr Sektoren in Industrieländern setzen in der Produktion häufig Hi-tech-Ausrüstungen ein. Daher müssen viele Arbeitnehmer ihre Qualifikationen verbessern. Aus diesem Grund müssen sowohl die Regierungen als auch die Unternehmen unter Einbeziehung der Sozialpartner in die Arbeitnehmer investieren. Gleichzeitig müssen wir die Investitionen in Forschung und Entwicklung, in Innovation und neue Produkte erhöhen.

4. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik erleichtert es, neue Arbeitsplätze zu finden und hilft jenen, die nur eingeschränkte Möglichkeiten haben, sich anzupassen. Ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit hilft den Arbeitnehmern in der Übergangsphase zwischen zwei Jobs. Zusätzlich zu den nationalen Systemen können europäische Mechanismen wie Strukturfonds und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zur Bewältigung des Wandels in einer sozial akzeptablen Weise beitragen.

### Unterstützung nachhaltiger Entwicklung

5. In allen Handelsverträgen muss das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung im weitesten Sinne beachtet werden. Nachhaltigkeitskontrollen (Sustainability impact assessments - SIAs) sollten durchgeführt werden, um alle relevanten sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte sowie Aspekte des Umweltschutzes in den Vereinbarungen zu berücksichtigen.

6. Entwickelte Länder haben den Vorteil, sich besser an Veränderungen anpassen zu können als Entwicklungsländer, die im Allgemeinen schwächere Märkte, eine schlechte Infrastruktur, ein niedriges Niveau an sozialem Schutz, eine unterentwickelte Arbeitsmarktpolitik und ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben. Diesen bedeutenden Unterschieden muss in jeder Vereinbarung Rechnung getragen werden. In den laufenden Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der WTO und durch die handelspolitische Strategie der EU „Global Europe“, die Economic Partnership Agreements (EPA) und bilaterale Verträge dürfen die Entwicklungsländer nicht gezwungen werden, eine

rasche und exzessive Liberalisierung zu akzeptieren, die ihre Bemühungen, eine Industriepolitik zu entwickeln, behindern und zu noch höherer Arbeitslosigkeit führen würde. Die Verträge sollten ausreichend Schutz bieten, den man üblicherweise mit multilateralen Agenturen und speziell der IAO in Verbindung bringt, wie Übergangszeiten sowie fachlichen und entwicklungstechnischen Beistand.

#### Anforderungen an eine europäische Handelspolitik

7. Die europäische Handelspolitik muss Gegenstand eines demokratischen Diskussionsprozesses werden. Zumindest sollte eine parlamentarische Diskussion in den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament angestrebt werden. Die oben genannte Entwicklung und die sozialpolitischen Bedenken müssen den einseitigen Entwurfsmandaten der Kommission gegenübergestellt werden. Die Gewerkschaften und andere Mitglieder der Zivilgesellschaft müssen regelmäßig informiert und in den Verhandlungsprozess einbezogen werden.

8. Der Wortlaut des neuen Modellentwurfs für EU-Investitionsabkommen muss

wesentlich verbessert werden. Bilaterale und multilaterale Investitionsabkommen müssen für Investoren an bindende Verpflichtungen im Sozial- und Umweltbereich sowie im Bereich der Menschenrechte im Sinne einer Rechenschaftspflicht von Unternehmen („Corporate Accountability“) geknüpft sein. Die Investitionsvorschriften müssen durchsetzbare Verpflichtungen für Investoren enthalten, welche die Kernarbeitsstandards, die Bestimmungen der „Dreigliedrigen Grundsatzserklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik“ der IAO und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen abdecken. Die Investitionssysteme müssen mit dem Recht der Regierungen vereinbar sein, in allen Bereichen des öffentlichen Interesses regulierend einzugreifen.

9. Die Durchsetzung der Rechte des Geistigen Eigentums (RGE) bleibt eines der Schlüsselthemen und berücksichtigt die EU-Strategie für das Überleben und die Weiterentwicklung der Industrie, die weitgehend von Forschung und Entwicklung sowie neuen, innovativen Produkten abhängt. Eine europäische Handelspolitik sollte vor allem den asiatischen Ländern technische Unterstützung und Zusammenarbeit in ihrem Kampf

gegen Produktfälschungen, -kopien und –piraterie anbieten. Andererseits muss die EU-Handels- und Investitionspolitik das Interesse der Entwicklungsländer am Zugang zu Technologie und am Produktivitätswachstum zulassen. Es müssen Systeme für technische Zusammenarbeit geschaffen werden.

10. Im Hinblick auf die laufenden WTO-Verhandlungen wird zudem kein Abkommen die Unterstützung und Akzeptanz des EMB erlangen, sollten die genannten Elemente nicht Teil des Pakets sein.

11. Die europäischen Gewerkschaften haben eine wichtige Aufgabe. Wir müssen die multinationalen Unternehmen kontrollieren und sicherstellen, dass sie die Arbeits- und Sozialrechte respektieren, wo immer sie auch operieren. Internationale Rahmenabkommen (IRA) sowie gewerkschaftliche Netzwerke oder internationale Betriebsräte sind insofern nützliche Instrumente. Die europäischen Gewerkschaften sollten auch Ausbildung und Unterstützung bieten, um in den Entwicklungsländern stärkere Gewerkschaften aufzubauen, damit diese zu einem glaubwürdigen und mächtigen Gegengewicht zu ihren

Regierungen und Unternehmen werden.

12. Und schließlich muss ein Gesamtziel angestrebt werden, um eine bessere Ausgewogenheit bei der Verteilung der zusätzlichen Gewinne, die durch die verstärkte Globalisierung zwischen den Arbeitnehmern und den Eigentümern des Kapitals erzielt werden, zu erreichen. Im vergangenen Jahrzehnt nämlich ging der Anteil der Arbeitskräfte an der weltweiten Wertschöpfung (was zur Prägung des Begriffs „Globalisierung“ geführt hat) zugunsten des Kapitals zurück. Das ist eine unhaltbare Entwicklung, die durch eine Umverteilungspolitik und eine an die Produktivitätszuwächse angepasste Lohnerhöhung ausgeglichen werden muss, vor allem für Arbeitnehmer mit niedrigem Lohn. Das Wichtigste ist langfristig gesehen jedoch die Unterstützung der Bemühungen, die Arbeiterbewegung zu organisieren und um bessere Arbeitsbedingungen überall in der globalisierten Welt zu kämpfen. Der Anteil der Arbeitskraft an der weltweiten Wertschöpfung kann nur im Rahmen einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften erhöht werden, damit der „Abwärtsspirale“ Einhalt geboten werden kann.